

17. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion

### **Wort halten – Flüchtlinge schützen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus ist empört über den Umgang des SPD-CDU-Senats mit Menschen in Not, die als Flüchtlinge nach Berlin kommen.

Es fordert den Senat auf, seine kleinlichen parteipolitischen Differenzen nicht weiter auf dem Rücken dieser Menschen auszutragen, denen der Regierende Bürgermeister in seiner Regierungserklärung vom 10. April 2014 Hoffnung macht, dass sie in Berlin „mit Wohlwollen und Empathie – in einer menschlichen Metropole, die sich ihrer Geschichte bewusst ist und ihre Zukunft auf Weltoffenheit und Toleranz aufbaut“, willkommen sind.

Der Senat wird aufgefordert,

- dafür zu sorgen, dass der wachsenden Zahl von Flüchtlingen in Berlin nicht mit amtlicher Hilflosigkeit begegnet wird, sondern humanitärer Umgang, menschenwürdige Unterkunft, Rechtsaufklärung, Respekt und Offenheit gesichert werden;
- das sogenannte Einigungspapier Oranienplatz nicht mehr infrage zu stellen, im Umgang mit den Flüchtlingen vom Oranienplatz und aus der Gerhart-Hauptmann-Schule umgehend seinen Teil der Vereinbarung vollumfänglich umzusetzen und damit Wort zu halten;
- sich auf Bundesebene intensiv für eine Reform der Flüchtlingspolitik einzusetzen.

Der Regierende Bürgermeister ist aufgefordert, seine Richtlinienkompetenz dahingehend zu nutzen und damit auch seiner Unterschrift unter die Verpflichtung europäischer Bürgermeister für eine humanitäre Flüchtlingspolitik aus dem Jahr 2004 und seinen Zusagen in der Regierungserklärung vom 10. April 2014 gerecht zu werden.

*Begründung:*

Der SPD-CDU-Senat versagt in der Flüchtlingspolitik auf ganzer Linie und lässt parteipolitisch motiviertem Machtgerangel freien Lauf. Flüchtlinge stehen vor der Erstaufnahmestelle wegen Überlastung der Behörde vor verschlossenen Türen. Container und Hallen, die der Sozialsenator als Unterbringung in Aussicht stellt, sind alles andere als menschenwürdig. Die vom Senat als Ganzes eingegangenen Verpflichtungen im „Einigungspapier Oranienplatz“ werden vom Innensenator auf abenteuerliche Weise torpediert und infrage gestellt.

Nachdem der SPD-CDU-Senat sich lange völlig desinteressiert an der Situation der protestierenden Flüchtlinge sowohl am Brandenburger Tor als auch später auf dem Oranienplatz gezeigt hat, wurde er Ende des Jahrs 2013 aktiv. Innensenator Henkel versuchte, die Lage zu eskalieren – wovon ihn der Regierende Bürgermeister nur mit Mühe abhalten konnte. Anschließend schien sich der Senat ernsthaft darum zu bemühen, eine Lösung zu finden, die humanitären Grundsätzen entspricht und die den Flüchtlingen die Möglichkeit bot, endlich menschwürdig unterzukommen. Im März 2014 präsentierten der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD), die Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) und der Innensenator Frank Henkel (CDU) dann gemeinsam ein so genanntes Einigungspapier. In seiner Regierungserklärung am 10. April 2014 zeigte sich Klaus Wowereit voller Stolz über die Lösung der Situation. SPD und CDU zollten ihm Respekt und Beifall.

Inzwischen zeigt sich, dass es dem Senat nicht um eine Lösung für die Flüchtlingssituation ging, sondern anscheinend darum, die Flüchtlinge über den Tisch zu ziehen. Für keinen Flüchtling hat sich die Situation verbessert: Im Gegenteil, viele müssen Abschiebungen befürchten. Keines der Verfahren wurde vom Land Berlin übernommen. In keinem Fall wurde nach humanitären Einzelfalllösungen gesucht.

Die großen Erklärungen des Regierenden Bürgermeisters müssen gelten. Nur weil sie gegenüber Menschen abgegeben wurden, die hier nicht wählen dürfen, können sie nicht einfach gebrochen werden.

Berlin, d. 16. September 2014

Pop Kapek Bayram  
Und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf Tas  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Delius Reinhardt  
und die übrigen Mitglieder der  
Piratenfraktion